

		illi Kat dei Otaut Diadiischweig
Dringlichkeitsanfrage	Datum	Nummer
Öffentlich	7. Dez. 09	1094/09
Absender		
DIE LINKE.		
Platz der Deutschen Einheit 1		
38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann		
Platz der Deutschen Einheit 1		
38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	8. Dez. 09	
Betreff		
Sachstand Golfresort		

Am 7. Dezember hat die Verwaltung in einer Pressemitteilung dargelegt, dass sie das geplante Vorhaben zwar "interessant" findet, aber die Realisierungsfähigkeit nicht beurteilen kann. So heißt es dort:

"Die Stadtverwaltung hält den von einem Investor geplanten Golfresort in Mascherode für ein interessantes Projekt, hat aber bis heute keine ausreichenden Informationen, um sicher prognostizieren zu können, ob das Projekt gute Chancen auf Realisierung hat."

Auf der anderen Seite hat die Verwaltung dem Verwaltungsausschuss zu seiner Sitzung am 10.11.2009 einen Planungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes vorgelegt, der das "Golfprojekt" mit Hotel und Wohnbebauung ermöglichen soll. Dabei wurde in der vorbereitenden Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses auch dargestellt, dass dem Investor vermittelt wurde, dass er den Gewinn aus der Bodenwertsteigerung als Finanzierung des Golfprojektes abschöpfen kann. Die Pressemitteilung der Verwaltung kann man jetzt so verstehen, dass die Befürchtungen der Linksfraktion, wonach eventuell nur der Gewinn abgeschöpft wird, von der Verwaltung geteilt werden. So heißt es in der Mitteilung:

"Bei diesem speziellen Projekt kann sich die Verwaltung eine Ausnahme von der Regel vorstellen - allerdings nur dann, wenn der absehbare Planungsgewinn ausschließlich benutzt wird, um ein anderes durchaus auch im öffentlichen Interesse liegendes Projekt zu finanzieren: das Golfhotel und den Golfplatz, die Braunschweigs Attraktivität und den Freizeitwert der Stadt erhöhen würden. Dies erfordert aber einen untrennbaren Zusammenhang, damit absolut klar ist, dass die Entwicklung des Baugebietes nur Hotel und Golfplatz dient. Bisher kann die Verwaltung aus eigenem Wissen weder bestätigen, dass das gesamte Golfprojekt solide finanziert ist noch wie das Golfhotel aussehen soll, wer es betreibt oder wer dafür als Investor auftritt."

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

- 1. Warum werden wieder politische Beschlüsse eingeholt, für die es keine Grundlage gibt?
- 2. Ist dem Investor zugesagt worden, dass er den Planungsgewinn abschöpfen kann?
- 3. Gibt es Überlegungen, den Planungsbeschluss rückgängig zu machen?

Udo Sommerfeld, Fraktionsvorsitzender